

BFS-TRENDINFO

11/16

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Gesellschaft

Das Kindergesicht der Armut

Bestattungskultur im Wandel

Bildung

Inklusion: Mitunter noch ein Fremdwort

„Verrückt? Na und!“: Guter Rat vom Lebenslehrer

Integration

Integrationspolitik in Schweden: Modell mit
Verfallsdatum?

Gesundheit

AOK-Fehlzeitenreport: Mieses Betriebsklima geht
auf die Gesundheit

Europa

Jugendarbeitslosigkeit: Zwischenbilanz der
Jugendgarantie

Materialien

Oliver Nachtwey: Die Abstiegsgesellschaft. Über
das Aufbegehren in der regressiven Moderne

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Abstiegsangst, Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit, Arbeit, die krank macht, mangelnde Inklusion und zu guter Letzt auch noch das Bestattungswesen – bevor Sie beim Lesen unserer Themenübersicht den Novemberblues bekommen, vorab eine positive Nachricht: Es gibt sie noch, die Aktionen, die Hoffnung machen. Eine dieser Aktionen ist die „Initiative Offene Gesellschaft“.

Die „Initiative Offene Gesellschaft“ bezeichnet sich selbst als bürgerschaftliche Initiative ohne Parteibindung, die für das politische Gemeinwesen und den Erhalt der Demokratie eintritt. Zu ihren Partnern gehören unter anderem die Open Society Foundation, die Robert Bosch Stiftung, die Bertelsmann-Stiftung und die Diakonie. Unter dem Titel „Welches Land wollen wir sein?“ hat sie seit November 2015 in rund 50 Theatern, Kulturvereinen und Clubs eine Diskussionsreihe mit insgesamt etwa 8.000 Teilnehmern veranstaltet. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsbewegungen und der Terrorbedrohung ging es um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, wie offen unsere Gesellschaft sein soll und was wir bereit sind dafür zu tun.

Noch immer stehen viele Veranstaltungen an. Wer eine eigene Aktion plant oder eine Veranstaltung organisieren möchte, kann hierfür einen Zuschuss von der Robert Bosch Stiftung bekommen. Mit bis zu 3.000 Euro unterstützt sie Aktionen für

eine Offene Gesellschaft. Weitere Informationen:

www.die-offene-gesellschaft.de.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre Trendinfo-Redaktion

Gesellschaft

Das Kindergesicht der Armut

Die Wirtschaft brummt, der Finanzminister freut sich über sprudelnde Einnahmen. Doch an fast zwei Millionen Kindern und Jugendlichen hierzulande geht der Wohlstand vorbei. Knapp 15 Prozent der jungen Menschen unter 18 Jahren leben von Hartz IV (2015). Der Anteil hat sogar zugenommen – 2011 waren es 14,3 Prozent. Armut betrifft Jungen und Mädchen vor allem in Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil oder mit mehr als zwei Kindern. Von allen Kindern in staatlicher Grundsicherung lebte im Jahr 2015 jedes zweite bei einem alleinerziehenden Elternteil und jedes dritte (36 Prozent) in Familien mit drei und mehr Kindern.

Armut für junge Menschen – was heißt das konkret?

Die aktuelle Studie über „Armutfolgen für Kinder und Jugendliche“, erstellt vom „Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.“ (ISS) für die Bertelsmann Stiftung, wirft ein grelles Licht auf den deutschen Sozialstaat. Dass Kinder und Jugendliche hierzulande zu den am stärksten armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen gehören, ist nun wirklich nicht neu. Seit Jahren wird darüber in Politik, Forschung und Praxis diskutiert und gestritten. Aber geändert hat sich nichts, im Gegenteil. Die Autorinnen Claudia Laubstein, Gerda Holz und Nadine Seddig wollen das Problem daher von einer bislang unterbelichteten Seite angehen. Erklärtes Ziel ihrer Studie ist es, „den Forschungsstand zu den Folgen von Kinderarmut

in Deutschland systematisch aufzuarbeiten und (...) einen Einblick zu geben, was Armut konkret für Kinder und Jugendliche bedeutet.“

Methodische Anmerkungen

Auf den Punkt gebracht: „Wie zeigt sich das Kindergesicht der Armut?“ Zur Klärung dieser Frage analysierte das Forscher-Trio 59 quantitative und qualitative Studien aus Deutschland. Maßgeblich ist die sozialstaatlich definierte Armutsgrenze. Danach gelten Kinder als arm, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Die Daten basieren auf Berechnungen der Autorinnen gemäß der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (August 2016).

In Großstädten herrscht die höchste Armutsquote

- Der höchsten Anteil armer Kinder und Jugendlicher lebte 2015 in Großstädten: etwa in Bremerhaven (40,5 %), Gelsenkirchen (38,5 %), Offenbach (34,5 %), Halle (33,4 %), Essen (32,6 %) und Berlin (32,2 %).
- In neun der 16 Bundesländer leben im Vergleich zu 2011 anteilig mehr Kinder in Armut. Den stärksten Anstieg verzeichneten Bremen (plus 2,8 %), Saarland (plus 2,6 %) und Nordrhein-Westfalen (plus 1,6 %).

- Sogar in den Ländern mit den niedrigsten Quoten wuchs die Kinderarmut: Bayern (plus 0,4 %), Baden-Württemberg (plus 0,5 %) und Rheinland-Pfalz (plus 0,9 %).
- In Ostdeutschland sank die Armutsquote bei den unter 18-Jährigen bis 2015 zwar auf 21,6 Prozent (2011: 24 %), blieb aber auf hohem Niveau. Im Westen stieg sie leicht auf 13,2 Prozent (2011: 12,4 %).

Arme Kindheit, lebenslange Folgen

Wer einmal in Armut steckt, kommt so schnell nicht wieder heraus, stellt die Studie fest. Im Durchschnitt sind 57,2 Prozent der betroffenen Kinder zwischen sieben und 15 Jahren mehr als drei Jahre auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Das hat Konsequenzen für das ganze Leben. Allerdings weisen die Autorinnen darauf hin, dass der Zusammenhang von Armut in der Familie und der Benachteiligung junger Menschen nicht deterministisch zu verstehen sei. „Aber diese Einschränkungen sind typisch für arme Kinder, während sie bei Kindern aus besser situierten Familien als untypisch anzusehen sind.“

Materielle Lage

Verglichen mit Gleichaltrigen aus Familien mit gesicherterem Einkommen müssen arme Kinder häufiger mit einer nachteiligen Wohnsituation und weniger förderlichem

Familienklima zurecht kommen. Die Qualität der Ernährung ist bei einigen armen Kindern eingeschränkt. Unzureichende materielle Ausstattung schränkt auch die Teilhabe ein, besagen die Studienergebnisse. Das Taschengeld ist geringer, Urlaube und Ausflüge sind seltene Familienergebnisse.

Soziale Lage

Armut ist für die betroffenen jungen Menschen häufig mit Angst vor Stigmatisierung und Ausgrenzung verbunden. Das „Mithalten-Können“ ist wichtig für den Status innerhalb der Peergroup. Insbesondere das Verhältnis zum Vater kann seitens der Heranwachsenden problemhaft werden, da ihm bewusst oder unbewusst die Schuld für die erlebten Armutsfolgen zugewiesen wird. Die Studie erwähnt, dass familiäre und nachbarschaftliche Netzwerke eine wichtige Ressource zur Armutsbewältigung sein können. Allerdings ist dieser Zusammenhang noch nicht erforscht.

Kulturelle Lage

Armut bedroht von früh an die Bildungsbiografie. Arme Kinder und Jugendliche bleiben häufiger sitzen, wechseln vermehrt in niedrige und mittlere Bildungsstufen des Sekundarbereichs und erreichen weniger qualifizierte Abschlüsse. Das wirkt sich ungünstig auf die spätere Berufs- und Einkommensposition aus, stellen die Autorinnen fest. Außerdem nutzen arme Kinder seltener nicht-formale Bildungsangebote wie Krabbel-

und Spielgruppen oder außerunterrichtliche Arbeitsgruppen.

Gesundheitliche Lage

Bei armutsbetroffenen Kindern finden sich vermehrt Symptome wie Kopf- und Bauchschmerzen, Schlafstörungen, Unkonzentriertheit und Nervosität, stellt die Untersuchung heraus. Armut spielt auch bei gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen, etwa Ernährung und Sport, eine negative Rolle.

Alarmsignal für Staat und Gesellschaft

Jörg Dräger vom Vorstand der Bertelsmann Stiftung versteht den düsteren Befund zu den Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche als Alarmsignal: „Kinder in Armut können ihre Lebenssituation nicht selbst ändern. Deshalb hat der Staat hier eine besondere Verantwortung. Kinderarmut in Deutschland darf sich nicht weiter verfestigen.“ Die Empfehlungen, was jetzt zu tun ist, bleiben in der Untersuchung knapp und vage. So müssten eine ausreichende Existenzsicherung und faire Bildungschancen geschaffen werden, schlagen die Autorinnen vor. Das staatliche Unterstützungssystem berücksichtige den tatsächlichen Bedarf junger Menschen zu wenig. „Daneben sind Aspekte wie die Förderung von Resilienz, Sicherung von Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen und Ressourcen sowie Inklusion im breit verstandenen Sinne relevant.“

Forschung im Dienst der Armutsbekämpfung

Ihre eigene Studie sehen die Autorinnen als einen Beitrag, genauere Erkenntnisse zu Armut und Armutsfolgen zu gewinnen. Viel zu oft beruhen die bisherigen Studien zum Thema auf überholten Daten, lückenhaften Analysen und methodischer Inkonsistenz, meinen sie. Vorhandenes Datenmaterial sollte präziser auf Aspekte der Armutsfolgen hin untersucht werden, Fragen der Einkommensarmut stärker integriert und vermehrt die Dauer von Armut in der Biografie berücksichtigt werden. „Denn nur darauf aufbauend können Strategien entwickelt werden, die Kinder und Jugendliche mit Armutserfahrung gezielt unterstützen.“

Claudia Laubstein / Gerda Holz / Nadine Eddig, Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland, hg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2016, 106 Seiten, [Download](#)

16 Factsheets für die Bundesländer, Kreise und kreisfreien Städte

Bestattungskultur im Wandel

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland erneut mehr Menschen gestorben als Kinder geboren wurden. 2015 kamen 738.000 Babys zur Welt, während 925.000 Menschen starben, teilte das Statistische Bundesamt mit. Seit 1972 übersteigt die Zahl der Todesfälle jedes Jahr die der Geburten.

In regelmäßigen Abständen führt „Aeternitas e. V. – Die Verbraucherinitiative Bestattungskultur“ zusammen mit Meinungsforschungsinstituten Umfragen zur Bestattungskultur in Deutschland durch. Im März 2016 befragte das beauftragte TNS-Emnid Institut im Rahmen einer repräsentativen Stichprobe 1.005 Bundesbürger nach ihrer Meinung zu folgenden Themen:

- Viele Tierhalter wünschen sich die gemeinsame Bestattung mit ihrem Haustier. Sollten Ihrer Meinung nach auf deutschen Friedhöfen gemeinsame Gräber für Tiere und Menschen angeboten werden?
- Wie wichtig sind für Sie Fragen der Ökologie und Nachhaltigkeit bei einer Bestattung?
- Wenn der Nachbar eine Urne bei sich im Garten oder Wohnzimmer aufbewahren würde, hätten Sie ein ungutes oder kein ungutes Gefühl?
- Hat der Friedhof für Sie eine Bedeutung über seine Funktion hinaus?

Obwohl in Deutschland immer wieder über den bestehenden Friedhofszwang diskutiert wird, ist noch verboten, eine Urne zu Hause aufzubewahren. Diese Vorschrift widerspreche dem Pietätsempfinden des Großteils der Bevölkerung. Die Umfrage ergab, dass 83 Prozent der Bundesbürger kein ungutes Gefühl hätten, wenn der Nachbar eine Urne im Garten oder seiner Wohnung aufbewahren würde. Die Toleranz habe deutlich zugenommen. In einer Studie aus dem Jahr 2001 waren es nur 57 Prozent.

Deutsche Gerichte untersagten Urnenbeisetzungen auf privaten Grundstücken immer wieder auch mit dem Hinweis darauf, dass das sittliche Empfinden weiter Teile der Bevölkerung dem entgegenstehe. „Die Justiz bedient sich hier überholter Wertmaßstäbe, die einer kritischen Überprüfung nicht standhalten“, kritisiert Rechtsanwalt Torsten Schmitt, Rechtsreferent von Aeternitas. Nur in Bremen habe die Politik bisher reagiert. Hier ist die Beisetzung von Totenasche verstorbener Bremer Bürger auf Privatgrundstücken möglich.

Mensch und Tier in einem Grab?

Die gemeinsame Beisetzung von Mensch und Tier wird seit letztem Jahr auf einzelnen Friedhöfen in Deutschland angeboten. Knapp die Hälfte (49 Prozent) der Befragten befürwortet gemeinsame Gräber für Tiere und Menschen. Die

andere Hälfte (48 Prozent) hält nichts davon. Jüngere Menschen gehören mit 69 Prozent mehrheitlich zu den Befürwortern, bei Älteren ab 60 Jahren ist mit 72 Prozent die Ablehnung dagegen stark ausgeprägt.

Ökologie und Nachhaltigkeit sind für 54 Prozent der Befragten auch bei Bestattungen wichtig (für 18 Prozent sehr wichtig, für 38 Prozent eher wichtig). Vier von zehn Befragten sehen dies dagegen als eher oder sehr unwichtig an. Damit bestätigt sich auch der Trend hin zu mehr Angeboten für ökologisch einwandfreie Bestattungen. Auch die Diskussion um nachhaltige Produktion in der Bestattungsbranche wie zum Beispiel bei Grabmalen wird weiter geführt werden.

Seebestattung und Friedwald

Die einzig übliche legale Ausnahme vom Friedhofszwang in Deutschland stellt die Seebestattung von Urnen in Nord- oder Ostsee dar. Die immer populäreren Baumbestattungen in speziellen Bestattungswäldern hingegen gelten nicht als Ausnahmen vom Friedhofszwang, da die entsprechenden Areale rechtlich als Friedhofsflächen ausgewiesen sind.

Fazit

Aeternitas plädiert dafür, die Friedhöfe zu erhalten und weiterzuentwickeln, denn für 52 Prozent der Befragten ist ein Friedhof ein bedeutsamer Ort. Gleichzeitig müsse über liberalere Gesetze nachgedacht werden. Diese könnten zum Beispiel den Willen der Verstorbenen in den Mittelpunkt stellen und Rahmenbedingungen für eine Urnenbeisetzung an geeigneten Orten regeln.

Aeternitas e.V. Verbraucherinitiative Bestattungskultur. Grafiken zur Befragung finden Sie [hier](#). Weitere Informationen zur Umfrage gibt es [hier](#).

Checkliste für den Trauerfall

Bildung

Inklusion: Mitunter noch ein Fremdwort

„Ist das Glas beim Thema Inklusion halb voll oder halb leer?“ fragte die *Wirtschaftswoche* in ihrer Berichterstattung zur Bertelsmann-Studie „Inklusion in Deutschland“. Allein schon die Tatsache, dass der Begriff, der bis zur UN-Behindertenrechtskonvention 2009 nur Experten geläufig war, in der Alltagssprache angekommen ist, lässt sich problemlos dem halb vollen Glas zurechnen. Dazu passt, dass immer mehr Kinder mit Förderbedarf eine Regelschule besuchen. Diesen erfreulichen Entwicklungen stehen jedoch auch kritische Fakten gegenüber: Die Zahl der Kinder an Förderschulen geht kaum zurück. Und an weiterführenden Schulen und in der Ausbildung ist Inklusion oft noch ein Fremdwort.

Aktueller Stand der Inklusion

Die Studie „Inklusion in Deutschland. Daten und Fakten“ von Bildungsforscher Klaus Klemm liefert einen historischen Überblick zur Inklusion von den frühen 1950er Jahren bis in die Gegenwart, eine Analyse zum Einfluss von Förderschule und allgemeiner Schule auf die kindliche Leistungsentwicklung sowie ausführliche bildungsstatistische Daten zur Inklusion in den 16 Bundesländern. Folgende thesenartige Zusammenfassung konzentriert sich auf den Überblick zum aktuellen Stand der Inklusion im Bildungssystem. Außerdem geht es um die Frage, welche pädagogischen und bildungspolitischen Ziele noch auf praktische Umsetzung warten.

Die Bundesländer verwirklichen Inklusion in unterschiedlichem Maße

Der Inklusionsanteil in deutschen Klassenzimmern lag im Schuljahr 2013/14 bei bundesweit 31,4 Prozent. Hinsichtlich der immer noch „exklusiv“ nur in Förderschulen unterrichteten Schüler bestehen große Länderunterschiede. Bremen (1,9 %), Schleswig-Holstein (2,4 %) und Berlin (3,4 %) rangieren weit vor Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (jeweils 6,8 Prozent). Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 4,7 Prozent.

Je höher die Bildungsstufe, desto weniger Inklusion

Der Inklusionsanteil in deutschen Kitas liegt bei beachtlichen 67 Prozent, in Grundschulen noch bei 46,9 Prozent. Danach wird gemeinsames Lernen und Spielen im Bildungssystem immer seltener. In der Sekundarstufe fällt der Anteil auf 29,9 Prozent. Nur 28 Prozent aller Förderschul-Absolventen begannen 2012 eine (anspruchsreduzierte) Ausbildung, beklagt Bildungsforscher Klemm.

Mehr Inklusion bedeutet nicht automatisch weniger Exklusion

Paradox, aber wahr: Vor Inkrafttreten der UN-Behindertenkonvention war die Exklusionsquote niedriger als

heute (2001/02: 4,6 %; 2013/14: 4,7 %). Der Grund liegt darin, dass bei immer mehr Schülern förderpädagogischer Sonderbedarf diagnostiziert wird. So wuchs etwa in Hessen zwischen 2008/09 und 2013/14 der Anteil exklusiv unterrichteter Schüler von 4,3 auf 4,5 Prozent. Zeitgleich nahmen die Inklusionsanteile von 11 auf 21,5 Prozent zu.

Unterschiedliche Förderbegriffe und Diagnosestandards

Der Anteil der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf differiert von Bundesland zu Bundesland beträchtlich. So liegt die Förderquote in Niedersachsen bei 5,3 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern bei 10,8 Prozent. „Damit muss die Verlässlichkeit der Diagnosen und somit die Vergleichbarkeit der ermittelten Förderquoten infrage gestellt werden“, schlussfolgert Klemm.

Inklusion ist auf wenige Schulformen beschränkt

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf treffen nach der Grundschule auf ein gegliedertes Sekundarschulwesen, das ihnen keine Chancengleichheit bietet. Lediglich 10,5 Prozent der Schüler lernen in Realschulen und Gymnasien, 89,5 Prozent entfallen auf die übrigen Bildungsgänge der Sekundarschule. „Inklusion findet deutschlandweit gewissermaßen in der Exklusion statt.“

Bildungsforschung belegt positive Inklusionseffekte

Studien aus Deutschland und dem Ausland widerlegen häufig geäußerte Zweifel am Erfolg der Inklusionsschulen. Vor allem bei den Förderschwerpunkten „Lernen“, „Emotionale und soziale Entwicklung“ und „Sprache“ kann diese Schulform gegenüber Förderschulen punkten.

Eltern beurteilen inklusive Schulen positiver als nicht-inklusive Schulen

Auch das mag nach der vehementen Diskussion um den pädagogischen Nutzen und Lernerfolg inklusiver Schulen überraschen: Unabhängig davon, ob die eigenen Kinder sonderpädagogischen Förderbedarf haben, bewerten Eltern, deren Kindern eine inklusive Lerngruppe besuchen, diese besser als Eltern mit Kindern an nicht-inklusive Schulen ihre Schulform beurteilen. Die positive Wertung bezieht sich vor allem auf die Möglichkeit, im eigenen Tempo zu lernen, auf den sozialen Zusammenhalt, die Klassengrößen und das Ausmaß von Unterrichtsausfall.

Vierfacher Handlungsbedarf

Große Anstrengungen zu einem gleichberechtigten Lernen sind noch nötig, ergibt die Bestandsaufnahme.

Studienautor Klemm leitet daraus vierfachen Handlungsbedarf ab.

- **Inklusion muss im gesamten Bildungsvorlauf verankert werden** „Wir brauchen (...) einen neuen Fokus der Inklusionsbemühungen auf weiterführende Schulen“, fordert Klemm. Dies gelte vor allem für Gymnasium, Realschule und Ausbildungsbetriebe. Zwar sei dem Förderbedarf an Kitas und Grundschulen leichter nachzukommen als an weiterführenden Schulen. Aus Sicht der Kinder sei es aber nicht akzeptabel, dass ihre Teilhabechancen mit zunehmendem Alter abnehmen.
- **Wir brauchen einheitliche Konzepte in den Bundesländern** Teilhabechancen hängen hierzulande nicht nur vom Lebensalter, sondern auch vom Wohnort ab. Letzteres ist an den höchst unterschiedlichen Inklusionsanteilen in den Bundesländern abzulesen. „Wir brauchen gemeinsame Standards für Diagnostik und für die inklusive Beschulung, die in allen Bundesländern vergleichbare Chancen eröffnen.“
- **Wir müssen die Exklusionsquote senken** Dies geschehe am wirkungsvollsten durch die pädagogisch fundierte Verlagerung sonderpädagogischer Kompetenzen in die Regelschule. Die Studie benennt als Beispiel das „Landesförderzentrum Sehen“ in Schleswig-Holstein.

Es bündelt die sonderpädagogische Kompetenz für sehbehinderte Schüler im Bundesland und stellt sie jenen Schulen vor Ort zur Verfügung, die solche Schüler unterrichten.

- **Angemessene Infrastruktur bereitstellen, Personal aus- und weiterbilden** „Die steigenden Förderquoten und Inklusionsanteile stellen das Bildungssystem vor erhebliche Herausforderungen“, stellt die Studie fest. Die Schlussfolgerung: Lehrkräfte müssten besser aus- und weitergebildet werden, um eine heterogener werdende Schülerschaft angemessen unterrichten und auf Einzelfälle gezielt eingehen zu können. Wenn die Praxis gelingender Inklusion eines zeigt, dann das: Als Sparmodell ist sie nicht zu haben.

Klaus Klemm, Inklusion in Deutschland, Daten und Fakten, Bertelsmann-Stiftung (Hg.) Gütersloh 2015, 72 Seiten, [Download](#)

Das Buch zum Thema: Ina Döttinger / Nicole Hollenbach-Biele, Auf dem Weg zum gemeinsamen Unterricht? Aktuelle Entwicklungen zur Inklusion in Deutschland, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 336 Seiten, 25 Euro. [Website](#)

„Verrückt? Na und!“: Guter Rat vom Lebenslehrer

Bei Mathe, Bio, Deutsch und Sport wissen Schüler, was im Unterricht auf sie zukommt. Psycho-Krisen jedoch stehen auf keinem Stundenplan. Dabei gehört auch der achtsame Umgang mit kleineren und größeren Sorgen, die Jugendlichen auf der Seele liegen, in die Schule. Davon ist der Leipziger Verein „Irrsinnig Menschlich e. V.“ überzeugt und will bei diesem Thema zu Offenheit und gegenseitigem Respekt ermutigen. „Psychische Erkrankungen, Süchte und selbstschädigendes Verhalten beginnen oft in der Pubertät. Deshalb brauchen viele Jugendliche Hilfe, um ihre Probleme besser bewältigen zu können“, erklärt Geschäftsführerin Manuela Richter-Werling. 2001 gründete sie die Initiative, die mittlerweile an 60 Standorten in zwölf Bundesländern sowie in Österreich, Tschechien und der Slowakei aktiv ist. Angesprochen sind Klassen ab der Stufe acht, erklärtes Ziel ist, den Betroffenen einen langfristigen Schul- und Berufserfolg zu ermöglichen.

Was Jugendlichen auf der Seele drückt

„An manchen Tagen fühle ich mich tieftraurig und möchte am liebsten nicht aus dem Haus gehen“, „Meine Freundin ritzt sich, ich habe Angst um sie“, „Mein Vater trinkt“: Das Themenspektrum ist riesengroß und reicht von Mobbing, Sucht

und Zukunftsängsten über Trennung der Eltern bis zur Krankheit in der Familie. 20 Prozent der 13- bis 18-Jährigen haben psychische Gesundheitsprobleme oder kommen mit entsprechenden Belastungen in ihrer Umgebung nicht zurecht. Doch Jugendliche sprechen kaum darüber, Eltern und Lehrer können oft nicht helfen.

Eintägiger Workshop bricht das Schweigen

An dieser Stelle ist der Verein mit seinem mehrfach prämierten Hilfs- und Präventionsprogramm „Verrückt? Na und!“ gefragt. Ein Team – ein Arzt, Psychologe oder Sozialarbeiter und ein persönlicher Experte – organisiert gemeinsam mit dem Klassenlehrer einen eintägigen Workshop. Hier können Schüler psychische Probleme im geschützten Raum ansprechen, häufig zum ersten Mal überhaupt. Eine besondere Rolle kommt dem persönlichen Experten zu, dem „Lebenslehrer“: ein Betroffener, der selbst schon einmal eine psychische Krise gemeistert hat.

Lebenslehrer geben dem Leiden ein Gesicht

„Die Begegnung mit Menschen, die eine seelische Krise hinter sich haben und damit offen umgehen können, ist der Schlüssel zur Veränderung von Denk- und Verhaltensmustern“, erklärt Manuela Richter-Werling. Die Lebenslehrer geben dem psychischen Leiden ein Gesicht und vermitteln Zuversicht, dass

Probleme lösbar sind. Unterrichtsmaterial ermöglicht den Lehrern die Vertiefung des Stoffs, bei Bedarf leistet der Verein auch Fortbildung im Lehrerkollegium. Vor allem die Schüler nehmen aus dem Workshop eine Menge mit: dass es stark ist, über Probleme zu reden, sich Hilfe zu suchen und dass die Schule sie nicht alleine lässt. Jeder erhält am Ende einen regional angepassten Krisen-Auswegweiser.

Frühzeitig erkennen, Kompetenz bündeln

Erkenntnisse der modernen Stigma- und Early-Awarenessforschung liefern dem Programm wissenschaftliche Fundierung. Im Mittelpunkt steht die Absicht, psychische Belastungen frühzeitig zu erkennen, Sprachlosigkeit zu überwinden und Jugendliche zusammen mit Experten zur Selbsthilfe zu befähigen. Denn die Mehrzahl der psychischen Erkrankungen beginnt vor dem 20. Lebensjahr, in einer Zeit, die für eine gute gesundheitliche Entwicklung, Sozialisation und Lebensqualität entscheidend ist. Idealerweise führt die Initiative von „Verrückt? Na und!“ Fachkräfte und Einrichtungen rund um das Thema enger zusammen: Lehrer, Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, Eltern, Selbsthilfegruppen sowie Zuständige der psychosozialen Versorgung.

„Verrückt? Na und!“ wirkt

Eine Evaluation durch die Universität Leipzig ergab, dass 96 Prozent der Schüler nach der Teilnahme am Workshop mehr Wissen über seelische Gesundheit haben und 74 Prozent meinen, Krisen fortan erfolgreicher bewältigen zu können. Sie sind informiert, wo sie sich Hilfe holen können und eher in der Lage, Gleichaltrige zu unterstützen. Auch Lehrer profitieren. Das Programm schärft ihren Blick für Krisensymptome bei Schülern und trägt so zum besseren Klassenklima bei.

Kooperationen und Finanzierung

„Verrückt? na und!“ arbeitet mit der BARMER GEK und dem Kooperationsverbund gesundheitsziele.de zusammen. Finanzielle Unterstützung kommt auf Länderebene von den Deutschen Rentenversicherungen und den Unfallkassen. Dazu fließen Einnahmen aus Materialverkäufen, Trainings und Spenden. Kleinere Zuschüsse gibt es zum Teil auf Länderebene von Kultusministerien und dem Bundesministerium für Gesundheit.

Social Franchise treibt Wachstum

Das Projekt wird seit 2011 über ein Social-Franchise-System verbreitet. Die Zusammenarbeit mit den bislang 60 regionalen Kooperationspartnern ist vertraglich geregelt. Die Partner

verpflichten sich zur Zahlung einer Weiterbildungsgebühr von 500 Euro jährlich, „Irrsinnig Menschlich e.V.“ stellt im Gegenzug zahlreiche Unterstützungsleistungen bereit. „Der Vertrag ist erforderlich, weil unsere Finanzpartner klare Absprachen erwarten, allein schon aus Gründen der Qualitätssicherung“, erläutert Richter-Werling das System.

Projektprobleme? Na und!

Freimütig spricht die Gründerin typische Herausforderungen für das Social Entrepreneurship an. So resultierten aus der Schwierigkeit, langfristig strategische Partner im Gesundheitswesen zu finden, immer wieder Finanzengpässe. „Die meisten Stiftungen haben aufgrund ihrer Ausrichtung auf Modellförderung nur geringes Interesse am systematischen Transfer bereits bewährter Konzepte.“ Außerdem erweise sich der Föderalismus mitunter als Hemmschuh ergebnisorientierten strategischen Vorgehens. „Jedes Bundesland macht eigene Vorgaben im Kultus- und Sozial- bzw. Gesundheitsbereich. Wir haben es mit 32 Ministerien zu tun...“ Im Prinzip ist die Sache klar, meint Richter-Werling: „Wir lösen staatliche Aufgaben, sind hervorragend evaluiert und müssten also primär öffentlich regelfinanziert sein.“

Ausweitung des Projekts auf Hochschule, Unternehmen und Arbeitsagentur

Nach der beträchtlichen Verbreitung der vergangenen Jahre haben sich die „Verrückt? Na und!“- Macher die Gründung von jährlich zehn neuen Regionalgruppen vorgenommen. Als zukunftssträftig gilt die Übertragung des Ansatzes auf Hochschule („Psychisch fit im Studium“), Auszubildende und Berufseinsteiger in Unternehmen sowie die entsprechende Qualifizierung von Jobvermittlern der Bundesagentur für Arbeit. Die Pilotprojekte sind abgeschlossen. Jetzt steht die Skalierung in Deutschland bevor.

Kontakt und Information:

Irrsinnig Menschlich e.V., Erich-Zeigner-Allee 69-73, 04229 Leipzig, Telefon: 0341 – 70 29 39 90, www.verrueckt-na-und.de

Integration

Integrationspolitik in Schweden: Modell mit Verfallsdatum?

Fast unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit mauserte sich Schweden in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten Einwanderungsländer innerhalb der EU. Gemessen an seiner Bevölkerungsgröße (9,8 Mio.) nahm es 2014 die meisten Asylbewerber (81.000) auf, 2015 schnellte diese Zahl auf 163.000 Asylanträge hoch. Hinzu kamen Erwerbsmigranten wie Studenten, Au-pairs und selbständige Unternehmen: 106.000 Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die 2015 rechtmäßigen Aufenthalt in Schweden erhielten – ein Rekordwert!

Der schwedische Traum – ausgeträumt?

Politikwissenschaftler Bernd Parusel richtet in einem aktuellen Report für die Konrad-Adenauer-Stiftung den Blick auf die integrationspolitische Lage in Schweden. International wurde das Migrationsmodell bis vor kurzem als überaus human und großzügig bewundert, doch im Land selbst hat sich die Tonlage inzwischen merklich verschärft. „Die grundlegende Vision der Regierung ist, dass Einwanderung hilft, die schwedische Gesellschaft, den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft zu revitalisieren“, heißt es in einer regierungsoffiziellen Stellungnahme noch aus dem Jahr 2014. Dem stehen mangelnde Arbeitsintegration von Flüchtlingen, Wohnraumverteuerung und massive Engpässe bei der amtlichen Registrierung gegenüber. Wie gehen Politik und Gesellschaft mit dieser Herausforderung um? Kann Deutschland davon lernen?

Rauher Wind am Öresund

Im Herbst 2015 erfuhr die liberale schwedische Asylpolitik eine Kehrtwende. Ziel war und ist die drastische Senkung des Zuzugs von Asylbewerbern. Die Aufenthaltserlaubnis für Flüchtlinge ist seither nur noch befristet, der Familiennachzug erschwert. Abgelehnte Asylbewerber, die nicht freiwillig ausreisen, haben keinen Anspruch auf Versorgung und Unterkunft. Nach drei Jahren, so die erklärte Absicht, will Schweden zu den früheren Regelungen zurückkehren.

Wenige Flüchtlinge mit Job

Häufiges Thema ist die schleppende Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern. Laut einem Bericht der schwedischen Regierungskommission für Migrationsstudien hatten nur 30 Prozent der Flüchtlinge, die zwischen 1997 bis 1999 ins Land kamen, zwei Jahre später einen Job. Zehn Jahre nach der Einreise waren es erst 65 Prozent. Bezahlte „Integrationslotsen“, die Zuwanderern bei der Jobsuche helfen sollten, wurden wegen Erfolglosigkeit wieder abgeschafft.

Schnellstraßen in den Arbeitsmarkt

Für das laufende Haushaltsjahr sind zahlreiche Initiativen zur verbesserten Arbeitsmarktengliederung

vorgesehen. So sollen die Qualifikationen der Zuwanderer früher und präziser erhoben werden. Für Personen mit Schlüsselqualifikationen (z. B. Köche, Ärzte, Gesundheits-, Pflege- und Baubranche) werden „Schnellstraßen“ in den Arbeitsmarkt etabliert: Praktika, schnelle Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Komplettierung unvollständiger Qualifikationen. Bei der Initiative „100-Club“ erklären sich größere Unternehmen bereit, mindestens 100 Zuwanderer einzustellen. Im Gegenzug ermittelt die Arbeitsbehörde geeignete Kandidaten, bildet sie berufsbezogen weiter, hilft bei der Validierung von Qualifikationen und zahlt bis zu 80 Prozent ihres Gehalts.

Mehr Geld für Integration

Im Zusammenhang mit der steigenden Asylzuwanderung spricht Parusel von „deutlichen Überlastungs- und Ermüdungserscheinungen“ bei Behörden, Polizei und Kommunen. Die neue Integrationspolitik setzt darauf, dass Flüchtlinge die langen Zeitspannen für die Bearbeitung ihrer Asylanträge schon früh für erste Integrationsschritte nutzen. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden finanziell besser ausgestattet, um maßgeschneiderte Unterstützung vor Ort bieten zu können. Kommunen erhalten einen höheren Pauschalbetrag pro Neuankömmling.

Überlastung des Wohnungsmarktes

Günstige Mietwohnungen zu finden ist in den großen Städten Schwedens schon lange ein Problem, inzwischen gilt das auch für ländliche Regionen. Die Konkurrenz von Flüchtlingen mit anderen Bevölkerungsgruppen mit begrenzten finanziellen Mitteln – Rentner, Studierende, Singles – „birgt Risiken hinsichtlich der Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung für Zuwanderung.“ Erfolgreiche Gegenstrategien sind offensichtlich noch nicht gefunden.

Schwedische Erfahrungen – lehrreich für Deutschland?

Schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist selbst mit erprobten Integrationsangeboten und hohem finanziellen Aufwand für Sprachvermittlung nicht gesichert, wie das schwedische Beispiel lehrt. Zu den dort erst kürzlich eingeführten Regelungen für „Schnellspuren“ in den Arbeitsmarkt liegen noch keine Erfahrungen vor. „In Deutschland wurden mit einem ähnlichen Angebot, dem Projekt ‚Early Intervention‘, positive Erfahrungen gemacht“, urteilt Studienautor Parusel ermutigend zugunsten dieses Ansatzes. Allerdings ist die Arbeitsmarktsituation hierzulande wegen des größeren Niedriglohnssektors und der breiteren industriellen Basis ohnehin besser.

Schwedische Beobachter blicken anerkennend auf das

duale Ausbildungssystem in Deutschland. In ihrem Land ist der Erwerb berufspraktischer Erfahrungen wesentlich auf Praktika, Probeanstellungen und subventionierte Einstiegsjobs beschränkt. In dem Bemühen, Asylsuchende schneller in den Arbeitsmarkt einzugliedern, richtet sich der Blick mittlerweile verstärkt auf lokale und regionale Partnerschaften von Verwaltungen und Privatunternehmungen.

Heftig umstritten in der schwedischen Diskussion ist die Einführung eines Niedriglohnssektors. Die Befürworter argumentieren mit der Schaffung von Jobs für Neuzuwanderer, doch die politischen Widerstände sind groß: „Linke Parteien und die Gewerkschaften fürchten Lohndumping und Verdrängungseffekte.“

Autor Parusel hebt den institutionalisierten Pragmatismus der Integrationspolitik hervor: „Es wurden über die Jahre eine Vielzahl von Maßnahmen und Initiativen ausprobiert – und mitunter auch wieder verworfen, wenn sie sich nicht bewährten.“ Ein Beispiel sind die Integrationslotsen.

Aktuell stehen einige erst kürzlich eingeführte Restriktionen auf dem Prüfstand. Die Ende 2015 eingeführte Befristung von Aufenthaltstiteln untergrabe die Bleibeperspektive und dürfte daher kontraproduktiv sein, befürchtet Parusel. Das gelte auch für die Einschränkung des Familiennachzuges. Familien, die auf unbestimmte Zeit auseinandergerissen seien, falle die Eingliederung schwer. Bleibe noch die Perspektive der

raschen Einbürgerung. Allerdings mehrten sich Stimmen, die eine Einschränkung der außergewöhnlich liberalen Herangehensweise forderten.

Schweden: Wohin führt der Streit um die Integrationspolitik?

Möglicherweise ist das Lernpotenzial der schwedischen Integrationspolitik für Beobachter in Deutschland begrenzt. Auch hierzulande ist die Willkommenskultur einer Ernüchterung gewichen. Wichtiger ist, ob es Schweden gelingt, ein zukunftsweisendes Beispiel dafür zu geben, dass eine konsequente Integrationspolitik keine Abkehr von der offenen Gesellschaft mit sich bringt. Der Beweis steht noch aus, legt Parusels Fazit nahe: „Die öffentliche Auseinandersetzung um die Reformen der Integrationspolitik wird eher zu- als abnehmen, und Schweden könnte zahlreiche Kursänderungen bevorstehen, die zum jetzigen Zeitpunkt (...) noch nicht absehbar sind.“ Ein Befund, der dem deutschen Betrachter vertraut vorkommt...

Bernd Parusel, Integrationspolitik in Schweden, Reihe „Analysen & Argumente“, Perspektiven der Integrationspolitik, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, 9/2016, Ausgabe 217, 11 Seiten, [Download](#)

Gesundheit

AOK-Fehlzeitenreport: Mieses Betriebsklima geht auf die Gesundheit

Nicht nur Pommes, Pillen und Zigaretten greifen unseren Lebensmotor an. Auch schlechtes Betriebsklima kann krank machen. Fehlende Anerkennung, unfreundlicher Umgangston und sinnlose Tätigkeiten können heftig auf die Gesundheit gehen. Keine wirklich überraschende Einsicht. Doch nun legte das wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) im Fehlzeiten-Report 2016 greifbare Zahlen zum Zusammenhang von Unternehmenskultur und Gesundheit vor.

Wunsch und Wirklichkeit liegen weit auseinander

In einer repräsentativen Stichprobe im Februar 2016 befragte das WIdO-Institut gut 2000 Erwerbstätige zwischen 16 und 65 Jahren, wie sie die Unternehmenskultur ihres Arbeitgebers wahrnehmen. Ein Schwerpunkt lag auf Führungsstil, Mitarbeiterorientierung und Entlohnungsgerechtigkeit. Die Erhebung gibt Auskunft darüber, wie Arbeitnehmer eine gute Unternehmenskultur definieren. 78 Prozent der Mitarbeiter erwarten, dass das Unternehmen hinter ihnen steht. Aber nur jeder Zweite (55 %) erlebt genau das. Arbeitnehmerwunsch und betriebliche Wirklichkeit klaffen noch bei weiteren Aspekten weit auseinander: Lob für gute Arbeit (69 vs. 50 %), Einflussnahme auf wichtige Entscheidungen (61 vs. 42 %), Absprache von Veränderungen (65 vs. 48 %) sowie gute Bezahlung und freiwillige Sozialleistungen (62 vs. 46 %).

Schlechte Unternehmenskultur macht krank

Die Befragten stellen einen direkten Zusammenhang zwischen erlebter Unternehmenskultur und ihrem Gesundheitszustand her. 27,5 Prozent der Mitarbeiter, die mit ihrem Betriebsklima unzufrieden sind, sehen sich gesundheitlich angegriffen – dreimal so viele wie Mitarbeiter mit guten Arbeitsbedingungen (8,9 %). Die Häufigkeit körperlicher Beschwerden ist bei schlechtem Betriebsklimas rund doppelt so hoch wie bei gutem Klima (66,6 vs. 32 %). Auch bei psychischen Beschwerden ist die Diskrepanz groß (65,1 vs. 35,8 %).

Rückenschmerzen und psychische Beschwerden belegen Spitzenplätze

Einige gesundheitliche Beeinträchtigungen korrespondieren besonders häufig mit einer als schlecht empfundenen Unternehmenskultur. „Rücken- und Gelenkschmerzen belegen bei den körperlichen Beschwerden den Spitzenplatz mit 36,2 Prozent, die Erschöpfung liegt mit 23,3 Prozent bei den psychischen Beschwerden ganz vorne“, sagt Helmut Schröder, Mitherausgeber des Fehlzeiten-Reports. „Für jeweils mehr als 70 Prozent der Befragten sind die Ursachen in ihrer Arbeitstätigkeit zu finden.“ Ein erheblicher Anteil der Befragten bucht weitere Beeinträchtigungen auf das Konto ungünstiger Arbeitsbedingungen: etwa Ausgebranntsein (14,2 %),

Schlafstörungen (8,2 %), Kopfschmerzen (13,2 %).

Unternehmenskultur beeinflusst Fehlzeiten

Wie gehen Mitarbeiter mit ihren Erkrankungen um? Der Zusammenhang von wahrgenommener Unternehmenskultur und eigenem Gesundheitszustand ist auch an den Fehlzeiten ablesbar. Hier wird es teuer für die Unternehmen: 15 und mehr Tage pro Jahr ist ein Drittel der Befragten (31 %) mit schlechter Unternehmenskultur krankgeschrieben, aber nur 16,9 Prozent der Beschäftigten mit guter Unternehmenskultur. Gegen den Rat ihres Arztes gehen 16,7 Prozent der ersten und 11,8 Prozent der zweiten Gruppe zur Arbeit. Schlechte Unternehmenskultur, so folgern die WIdO-Experten, fördert selbstschädigendes Verhalten.

Starker Anstieg: Atemwegs- und Psycho-Erkrankungen

Zusätzlich zur Erhebung rund um die Unternehmenskultur liefert der Fehlzeiten-Report 2016 umfassendes Datenmaterial zum Krankenstand der zwölf Millionen AOK-Versicherten. Dieser liegt bei 5,3 Prozent, ein Zuwachs von 2014 auf 2015 um 0,1 Prozent. Zum Vergleich: Zwischen 1994 und 2015 war der Tiefstand 2006 mit 4,2 Prozent erreicht. Für 2015 stellen die WIdO-Autoren fest: „Jeder Beschäftigte hat im Durchschnitt 19,5 Tage aufgrund

einer ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung im Betrieb gefehlt.“ Auffallend, dass Krankheiten des Atemsystems binnen Jahresfrist um 20,2 Prozent zunahmen. Auch die Zahl der Fehltage wegen psychischer Erkrankungen stiegen an. Jeder zehnte Fehltag (10,5 %) geht darauf zurück – 2,8 Fehltage pro AOK-Mitglied und Jahr. „Seit 2004 nahmen die Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen um knapp 72 Prozent zu“, belegt der Report. Die darauf entfallenen Ausfallzeiten, durchschnittlich 25,6 Tage (2015), dauerten mehr als doppelt so lange wie der Durchschnitt aller Erkrankungen (11,6 Tage).

Schlussfolgerung: Schlechte Unternehmenskultur ist teuer

„Die Unternehmenskultur ist, dies belegen die Beiträge des diesjährigen Fehlzeiten-Reports, von erheblicher Bedeutung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit“, bringt es der Bielefelder Gesundheitswissenschaftler und Mitherausgeber Bernhard Badura auf den Punkt. Die digitale Revolution verstärkte den Trend in Richtung einer „Kopfarbeitergesellschaft“ mit starker Betonung von Eigenverantwortung, Sozialkompetenz und Teamgeist. Hier seien die Führungskräfte gefragt: „Führung und Kultur sind zwei Seiten einer Medaille.“ Mitarbeiter seien keine arbeitsunwilligen Mängelwesen oder bloße Kostenfaktoren, sondern eine Quelle der Wertschöpfung. Spätestens an diesem Punkt müsse daran erinnert werden, dass Fehlzeiten

und krankheitsbedingte Leistungsbeeinträchtigungen zwischen 10 und 15 Prozent vermeidbare Personalkosten verursachen.

Bernhard Badura / Antje Ducki / Helmut Schröder u. a. (Hg.), Fehlzeiten-Report 2016, Unternehmenskultur und Gesundheit – Herausforderungen und Chancen, Springer, 1. Auflage, Berlin 2016, XII, 512 Seiten, 130 Abb., 54,90 Euro; als E-Book erhältlich unter springer.com

[Der Fehlzeiten-Report im Internet](#)

Europa

Jugendarbeitslosigkeit: Zwischenbilanz der Jugendgarantie

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben insbesondere die jungen Menschen in Europa stark getroffen. Zwischen den Jahren 2007 und 2013 ist die durchschnittliche Jugendarbeitslosenquote in der EU von 15,3 auf 23,5 Prozent gestiegen. Trotz mittlerweile wieder sinkender Raten lag die durchschnittliche Quote laut EU-Statistikamt Eurostat im August 2016 noch bei 18,6 Prozent. Die höchste Jugendarbeitslosigkeit wurde in Griechenland (47,7 %) und in Spanien (43,2 %) registriert.

Vor diesem Hintergrund hat die EU ihre Strategie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit seit dem Jahr 2013 verschärft. Eine der EU-Maßnahmen ist die Europäische Jugendgarantie. Die Jugendgarantie soll sicherstellen, dass allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Verlust des Arbeitsplatzes oder dem Verlassen der Schule eine hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungs- oder Praktikumsplatz angeboten wird. Sie richtet sich an alle jungen Menschen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (sogenannte NEETs- Not in Education, Employment or Training).

Fortschritte zu verzeichnen

Im Oktober 2016 hat die Europäische Kommission die Dreijahresbilanz der Jugendgarantie veröffentlicht und Fortschritte festgestellt. Danach haben seit Januar 2014 14 Millionen junge Menschen an Programmen im Rahmen

der Jugendgarantie teilgenommen. Davon haben insgesamt nahezu zwei Drittel der jungen Menschen, die die Jugendgarantie im Jahr 2015 verließen, ein Stellen-, Weiterbildungs-, Praktikums- oder Ausbildungsangebot angenommen. Bei einem Großteil der Angebote innerhalb der Viermonatsfrist handelte es sich um Arbeitsplätze (70,2 %), gefolgt von Bildungsangeboten (13,6 %), Praktika (12,1 %) und Ausbildungsplätzen (4,1 %).

Angesichts dieser Fortschritte hat die Europäische Kommission aktuell vorgeschlagen, die finanziellen Mittel für die Jugendgarantie um weitere 2 Milliarden Euro zu erhöhen. Mit diesen zusätzlichen 2 Milliarden Euro könnten nach Schätzungen der Europäischen Kommission bis zum Jahr 2020 zusätzlich eine Million junge Menschen in der EU unterstützt werden.

Hintergrund der Jugendgarantie

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise, die insbesondere verheerende Auswirkungen auf die Jobperspektiven von Jugendlichen zeigte, haben sich die Mitgliedstaaten im Jahr 2013 mit der Jugendgarantie auf einen umfassenden Ansatz geeinigt, der die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu einem unmittelbaren Schwerpunktziel macht. Durch einen verbesserten Übergang von der Schule ins Erwerbsleben und Investitionen in die Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen zielt die Jugendgarantie darauf ab, einem Verlust an

Wachstumspotenzial durch Dequalifizierung, einer Gefährdung des sozialen Zusammenhalts und einem Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt vorzubeugen. Diese Faktoren könnten insbesondere in einer Zeit schnell alternder Gesellschaften eine starke Belastung der europäischen Wirtschaft darstellen.

In den Mitgliedstaaten wurde seither viel unternommen, um Jugendgarantie-Programme aufzustellen. In diesen Plänen werden die Schritte zur Umsetzung der Jugendgarantie aufgeführt, der Zeitrahmen für die wichtigsten Reformen und Maßnahmen detailliert vorgegeben und die Rolle der Behörden und anderer Partner sowie die Finanzierung beschrieben.

Neben den Strategien, die in den einzelnen Mitgliedstaaten unternommen werden, wurde auf europäischer Ebene die Plattform „Europäische Ausbildungsallianz“ (EaFA) geschaffen. Aufgabe der EaFA ist es, die europäischen Institutionen, die Mitgliedstaaten, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft mit dem Ziel zusammenzubringen, das Angebot und die Attraktivität der beruflichen Lehrlingsausbildung in Europa zu stärken.

Die Jugendgarantie in der Praxis

Im Rahmen der Jugendgarantie wurden im Jahr 2013 mehrere Pilotprojekte gestartet, um den Aufbau von Partnerschaften und die Förderung der Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Ein erfolgreiches Beispiel war das Projekt „Ballymun Youth Guarantee“ in Irland, das rund 700 junge Menschen bei der Berufsfindung unterstützte und das Engagement der Arbeitgeber als eine der wesentlichen Entwicklungsachsen förderte. Unterstützt mit 250.000 Euro EU-Fördermitteln wurde das Arbeitgeber-Engagement durch das Projekt konkret gefördert und Kommunikationsmaterial für Arbeitgeber zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde die Datenbank „JobsPlus and JobBridge“ eingerichtet, um die Kommunikation zwischen lokalen Arbeitgebern und jungen Menschen und den Aufbau von Partnerschaften zur Berufsfindung zu erleichtern. Eine Reihe von Veranstaltungen für Arbeitgeber fand statt, darunter sogenannte „Frühstückbriefings“, um für die Jugendgarantie zu werben.

Ein messbarer Erfolg des „Ballymun Youth Guarantee“-Projekts war, dass 98 % der teilnehmenden jungen Menschen innerhalb von vier Monaten ein konkretes Beschäftigungsangebot erhalten haben. Das Projekt wurde auch deshalb als erfolgreich bewertet, da es verschiedene Wege aufgezeigt hat, wie sich Arbeitgeber konkret an der Jugendgarantie beteiligen können. Die Optionen für Arbeitgeber reichten von der Teilnahme an Job-Börsen, Präsentationen für Jugendliche über berufliche Perspektiven bis hin zur Vergabe von konkreten Praktika, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Projektergebnisse wie dieses fließen in die Umsetzung der nationalen Jugendgarantie-Programme der Mitgliedstaaten ein.

Fazit

Die Europäische Kommission verweist in ihrer Dreijahresbilanz auf die bisherigen Fortschritte der Jugendgarantie und würdigt diese als wichtigen Beitrag, um mit konkreten Initiativen und Maßnahmen die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Die Kommission zeigt aber auch bestehenden Handlungsbedarf auf. So müsse mehr zur Unterstützung der schwer erreichbaren jungen Menschen getan werden, wie beispielsweise Jugendliche, die nicht bei der öffentlichen Arbeitsverwaltung gemeldet sind, nur eine geringe Qualifikation besitzen oder für die Faktoren, wie Armut, soziale Ausgrenzung, Behinderung und Diskriminierung den Zugang zum Arbeitsmarkt versperren. Gleichzeitig sei die Qualität der Angebote und Leistungen für junge Menschen noch verbesserungsfähig.

Weitere Informationen:

- *Dreijahresbilanz der Jugendgarantie*
- *Die Jugendgarantie Land für Land*
- *Jugendarbeitslosenquote (Eurostat)*
- *Europäische Ausbildungsallianz*
- *Projekt „Ballymun Youth Guarantee“*

Materialien

Oliver Nachtwey: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne

Edition Suhrkamp, Berlin 2016, 18,- Euro, 260 Seiten, ISBN 978-3-51812-682-0

Jede Generation wünscht sich, dass es die eigenen Kinder besser haben. Vor allem im Nachkriegsdeutschland war die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs eines der zentralen Versprechen – und wurde auch meist eingelöst: Aus dem Käfer wurde ein Benz, aus den Facharbeiterkindern Akademiker usw. Obwohl Deutschland als Exportweltmeister mittlerweile eines der reichsten Länder der Erde ist und die Arbeitslosenquote seit mehr als zehn Jahren rückläufig, blieb der gesellschaftliche Fahrstuhl stecken: Uni-Abschlüsse bedeuten nicht mehr automatisch Status und Sicherheit, Arbeitnehmer verdienen immer weniger. Die Zeiten des sozialen Aufstiegs sind vorbei. „Deutschland ist eine Abstiegs-gesellschaft“, sagt der Soziologe Oliver Nachtwey in seinem neuen Buch mit dem sperrigen Untertitel „Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne“.

Die positiven Zahlen sind „tatsächlich mit einem relativen sozialen Abstieg verbunden“, stellt Ökonom Oliver Nachtwey fest, derzeit Fellow am Frankfurter Institut für Sozialforschung. „Aus den europäischen Gesellschaften des sozialen Aufstiegs und der sozialen Integration sind Gesellschaften des Abstiegs, der Prekarität und der Polarisierung geworden.“ Viele Menschen

erleben den Sozialstaat als schrumpfenden Kuchen, von dem man immer weniger haben kann – und jetzt kommen auf einmal so viel Fremde und Migranten, die auf viele wie unproduktive Mitesser wirken. Die Hoffnung auf sozialen Aufstieg ist bei einem Großteil der Bevölkerung längst der Angst vor dem Abstieg gewichen, beobachtet Oliver Nachtwey in seiner komplexen und nicht immer leicht zu lesenden Analyse über die „Abstiegs-gesellschaft“.

Die Bruttolöhne sind seit 20 Jahren um 10 Prozent gesunken

Der 40 Jahre alte Wirtschaftswissenschaftler führt verschiedene, bisher getrennt geführte Diskussionen klug zusammen. Er zeichnet ein schonungslos düsteres Bild der gegenwärtigen Verhältnisse, wenn er schreibt: „Chancengleichheit, das war einmal. Dabei ist gerade die Chancengleichheit das Gerechtigkeitsprinzip einer individualisierten Gesellschaft.“ Mit den neuesten soziologischen Analysen, Statistiken und Zahlen versucht der Soziologe die unglaublich dramatischen Veränderungen zu belegen: Allein die Bruttolöhne sind seit 20 Jahren um 10 Prozent gesunken. Noch in den 1960er-Jahren hatten 90 Prozent ein Normalarbeitsverhältnis, also die 40 Stunden-Arbeitswoche. Heute ist ein Drittel aller

Beschäftigungsverhältnisse prekär, also befristet, geringfügig oder Leiharbeit. Diese Prekarität hat ihren Schwerpunkt zwar in niedrigqualifizierten Berufen, aber auch Architekten oder Kulturberufe sind längst betroffen. Entstanden ist ein hochqualifiziertes Prekarität, das schlecht bezahlt wird und keine sozialen oder gar solidarischen Bindungen mehr hat. Nachtwey spricht von „prekärer Vollerwerbers-gesellschaft“ und von „Beschäftigung um jeden und zu jedem Preis“.

Bildung garantiert kein sozial gesichertes Berufsleben mehr

Zwar gibt es in Deutschland so viel Studierende wie noch nie, doch Bildung garantiert längst kein sozial gesichertes Berufsleben mehr. „In Baden-Württemberg gibt es viele Lehrer, die sind immer nur bis zu den Sommerferien angestellt und werden dann wieder entlassen“, sagt Nachtwey dem „Standard“. „In vielen Medienhäusern wurde die Stammbesetzung ausgedünnt. Immer mehr Anwälte, die nicht in großen Kanzleien arbeiten, führen ein prekäres Dasein als Einzelunternehmer.“ Werden Leistungen ausgelagert, entfallen nicht nur tarifliche Sicherungen, sondern man ist auch nicht mehr Teil des Unternehmens. Das schadet beiden Seiten. „Die europäischen Gesellschaften sind zwar gleichberechtigter,

aber sozial wieder ungleicher geworden", resümiert Nachtwey in seinem Buch. „Das ist der große Wandel: Beruflicher Aufstieg ist nicht gleich sozialer Aufstieg mit sozialer Sicherheit.“

Mehr Markt, mehr Konkurrenz, weniger Solidarität

Verantwortlich dafür macht Nachtwey zum einen den Postkapitalismus, der nach der weltweiten Wirtschaftskrise der 1970er Jahre entstand. Bis dahin hatte sich der Wohlfahrtsstaat entfaltet, mit Tarifautonomie, Krankenversicherungen, garantierten Renten. Nach der Krise haben sich erstmals die Produktivitätsgewinne in der deutschen Wirtschaft und die Einkommensentwicklung voneinander entkoppelt. Der Ökonom nennt diese Epoche des wirtschaftlichen Wohlstandes noch „die soziale Moderne“, stabil und demokratisch, die in etwa mit der Agenda 2010 endete. Heute ist der soziale Aufstieg noch immer das geltende politische Leitbild: Aufstieg durch Leistung, durch Chancengleichheit, durch Bildung, heißt es Mantra artig – obwohl es längst nicht mehr stimmt. Nachtwey nennt die aufkommende Vermögens- und Einkommensungleichheit „regressive Moderne“. Allerdings sieht der Autor den eigentlichen Konflikt heute nicht so sehr zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern in der "Spaltung in Innen und Außen". Mehr Markt, mehr Konkurrenz, weniger Solidarität. Wer "drin" ist - wie etwa ein Facharbeiter bei Porsche, dem geht's prächtig. Wer draußen in einer Zeitarbeitsfirma arbeitet, kann kaum

für sich kämpfen.

Abstieg ist eine stete Möglichkeit, Aufstieg eine Illusion

Der Soziologe veranschaulicht das mit der sogenannten „atmenden Fabrik“ eines deutschen Automobilherstellers. In der Werkshalle markiert eine blaue Linie die Grenze zwischen den Beschäftigten des Herstellers und den weniger gut bezahlten Werkverträgern. Die Linie darf nicht überschritten werden, damit nur ja keiner auf die Idee kommt, es handele sich um Scheinwerksverträge. Ein paar hundert Meter entfernt steht die Fabrikhalle eines Zulieferers, der Leiharbeiter aus sieben Verleihunternehmen unter miserablen Bedingungen beschäftigt, verglichen mit den Stammarbeitern. Solche seltsamen Konstruktionen gibt es vielfach. „Das hat Folgen für alle“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“. „Auch wer ein Normalarbeitsverhältnis ergattert hat, erlebt täglich, wie die Faust des Marktes gut hörbar an die Tür klopft. Abstieg ist eine stete Möglichkeit, Aufstieg oft eine Illusion.“

„Wer einmal unten angelangt ist, kommt nicht mehr auf die Beine.“

„Im Grunde ist es unmöglich geworden aufzusteigen“, bilanziert Nachtwey in der 3sat-Kulturzeit. „Wer einmal unten angelangt ist, kommt nicht mehr auf die Beine. Das macht viele Leute

ängstlich und teilweise wütend. Sie glauben, selbst schuld zu sein, wenn sie arbeitslos oder prekär beschäftigt sind und haben das Gefühl des eigenen Versagens.“ Die obere Mittelschicht und Oberschicht haben sich längst distinguiert abgeschottet. Es entstehen wieder Klassenstrukturen, so Nachtwey. „Dabei wollten wir Klassenverhältnisse hinter uns lassen. Das ist das Signum unserer Zeit, wir müssen wieder über Klassenverhältnisse sprechen.“

Der Fahrstuhl fährt nicht mehr für alle nach oben, sondern nach unten

Für Oliver Nachtwey ist das Kernproblem weniger die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich, sondern vielmehr gesellschaftliche Prozesse, die er mit dem Bild einer Rolltreppe vergleicht. Der Soziologe Ulrich Beck („Risikogesellschaft“) sprach noch in den 1980er Jahren vom „kollektiven Fahrstuhleffekt“, mit dem es für alle Schichten meist aufwärts ging. Nach dem zweiten Weltkrieg stiegen die durchschnittlichen Nettolöhne vierzig Jahre lang permanent an. Das änderte sich erst 1990 nach der Wende. „Da fuhr der Fahrstuhl nicht mehr für alle nach oben, sondern nach unten“, so Nachtwey auf WDR 3/ Resonanzen. Dem Beck'schen Fahrstuhl setzt Nachtwey die Metapher der Rolltreppe entgegen. Der Soziologe beschreibt nachvollziehbar, wie viel Kraft es heute kostet, auf der Rolltreppe wenigsten auf der gleichen Position zu bleiben. Gemeint ist, dagegen anzurennen, dass

der eigene Fahrstuhl nach unten fährt, während die Reichen längst in den oberen Stockwerken verschwunden sind.

Frauen sind viel gleichberechtigter geworden

Der Autor, der seit zwei Jahren auch an der TU Darmstadt forscht, ist der Meinung, dass es auch Gewinnerinnen der neuen Arbeitsgesellschaft gibt: Frauen sind zwar nach wie vor schlechter gestellt, aber ihre Lage habe sich trotzdem wesentlich verbessert. Frauen sind viel gleichberechtigter geworden, aber gleichzeitig wächst die Ungleichheit unter ihnen. Vor allem Putzfrauen, Kassiererinnen und Krankenpflegerinnen sind immer mehr auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Aber eine Managerin hat eine völlig andere Chance auf Aufstieg und auf Gleichbehandlung als eine Reinigungskraft, eine migrante zumal. Eindringlich weist der Soziologe Nachtwey darauf hin, dass mit dem Schrumpfen der sozialen Sicherungssysteme nicht nur die Gefahr der Polarisierung und das Emporkommen der Reichen wächst, sondern die sozialen Abstiegsprozesse auch das demokratische Gemeinwesen bedrohen.

Fazit

Der Autor reflektiert auf 260 Seiten präzise die historische Entwicklung von der Klassengesellschaft zum Sozialstaat und weiter zur Abstiegsgesellschaft. Vieles davon ist nicht neu. Aber anstatt die „soziale Moderne“ zu erklären, liefert Oliver

Nachtwey in fünf Kapiteln eine kompakte Bestandsaufnahme, wenn auch ohne Lösungsvorschläge. Der Soziologe, der zuletzt eine eigene Studie zur Occupy-Bewegung durchgeführt hat, analysiert nicht nur die Ursachen, er befasst sich auch mit dem Konfliktpotenzial. Selbst wenn Deutschland bislang relativ glimpflich durch diverse Finanz- und Wirtschaftskrisen gekommen ist: Wenn Nachtwey mit seiner Gesellschaftsanalyse Recht hat, stehen wir vor einem neuen Zyklus sozialer Auseinandersetzungen, die heute bereits die Gesellschaften Südeuropas erschüttern. Eine Lösung hat Nachtwey zwar nicht, aber er schreibt in der Wochenzeitung „Die Zeit“: „Ein linker Populismus, der die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt und sie in einen Kampf für ein solidarisches Gemeinwesen lenkt, könnte in der europäischen Abstiegsgesellschaft sich als Glücksfall für die Demokratie erweisen.“

Weitere Berichte über das Buch finden Sie auf [3sat](#) und in der „[Zeit](#)“.

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17
50668 Köln
Telefon 0221 97356-237
Telefax 0221 97356-479
www.sozialbank.de

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de, Eva
Richter

Isabelle Hübner, i.huebner@sozialbank.de (Europa)

Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de („Bestattungskultur im
Wandel“)

Maicke Mackerodt, info@mackerodt.de, www.rhein-reden.de
 („Die Abstiegs-gesellschaft“)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich